Bielefelder Volks-Zeitung

Beilagen: „Unterhaltungsblatt“ und „Praktischer Ratgeber“.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis: 1 M. 25 Pfg., durch den Postboten ins Haus gebracht 1 M. 67 Pfg. vierteljährlich; mit „Illustriertes Sonntagsblatt“ 35 Pfg. mehr. Anzeigen kosten 15 Pfg. die Petitzeile oder deren Raum, Reklamen à Zeile 50 Pfg.

Nr. 31. **Donnerstag, den 7. Februar** **1901.**

Bestellungen

auf diese Zeitung für die Monate Februar und März werden von allen Postanstalten, Landbriefträgern, unsern Agenten und Boten, sowie von der Expedition zu 2/3 des am Kopfe vermerkten Preises entgegengenommen und die bereits erschienenen Nummern nachgeliefert.

Abgeordnetenhaus.

□ **Berlin**, 5. Februar.

Die große Kanalvorlage.

Abg. v. **Pappenheim** (konserv.): Der Mahnung des Ministers für die Landwirtschaft, die Vorlage gründlich zu prüfen, wird sich eine so große Fraktion wie die unsrige nicht entziehen können. Wir haben auch vor zwei Jahren die Vorlage sehr gründlich geprüft und bei dieser Prüfung nur das Gemeinwohl im Auge gehabt, und wenn wir zu dem Resultat kommen, Stellung gegen die Vorlage zu nehmen, so werden uns unsere Gegner nicht das Zeugnis verweigern können, daß wir ehrlich das Richtige gesucht haben. Wir werden mit demselben Eifer und Ernst wie vorher an die Prüfung herantreten und nicht auf einer vorgefaßten Meinung beharren. In der Vorlage sind zwei ganz heterogene Elemente verkoppelt, die mit einander in keinem Zusammenhang stehen und für sich behandelt werden können. Die Bewilligung des einen Teils ist nicht abhängig von der Bewilligung des anderen Teils. Wir haben schon vor zwei Jahren auf die unabsehbaren Folgen hingewiesen, wenn Kompensationen verlangt werden. Nach der Aeußerung des Ministers der öffentlichen Arbeiten ist die Vorlage ein Programm, auf 15 Jahre hinaus. Dadurch erscheinen weitere Kompensationen für diese Zeit ausgeschlossen, aber im Widerspruch dazu sagt der Landwirtschaftsminister, ein Programm könne auch nach einem oder zwei Jahren wieder geändert werden. Ich halte ein Programm auch nicht für ein Evangelium. Es wird ein ganzer Rattenkönig von Kompensationsforderungen hervorgerufen werden. Herr Abg. Am Zehnhoff stellte schon die Moselkanalisation als unabweisbare Forderung hin, und wenn die Weser oben und unten kanalisiert werden soll, werden auch die Interessenten das Zwischenstück kanalisiert haben wollen. Wir hören schon von der Kanalisation des Main. In Süddeutschland verlangt man den Anschluß des Rheins an die Donau. Ein Ende aller Kompensationen ist nicht abzusehen. (Sehr gut! links.) Sie sagen „Sehr gut“. Wenn Sie uns aber ziffernmäßig nachweisen könnten, was alle diese Kompensationen an die Staatsfinanzen für Ansprüche stellen, ließe sich darüber reden. Aber die Gefahr steigt gerade in der Unberechenbarkeit. Wenn wir ohne vorgefaßte Meinung objektiv die Vorlage prüfen, verlangen wir auch, daß die Freunde der Vorlage uns in dieser Beziehung folgen.

Die ganze Kanalvorlage könnte, wenn nichts anderes gutes, so doch den großen Erfolg für uns haben, daß endlich die Schädigung der Landwirtschaft durch die Arbeiten an unseren großen Strömen wieder gutgemacht werden. Seit zehn Jahren kämpfen wir dafür ohne jeden Erfolg. Jetzt hat die Regierung anerkannt, daß durchgreifende Verbesserungen in dieser Beziehung eintreten müssen. Wenn mit der Kanalvorlage alle Kompensationen fallen, dann trifft die Verantwortung nicht uns, sondern die Regierung dafür, daß diese Notstände weiter bestehen. (Beifall rechts.)

Wir haben vor zehn Jahren einen Fehler gemacht, als wir an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten den Flügel anbauten, wodurch die Eisenbahnangelegenheiten an die Schattenseite gebracht worden sind, während allen anderen Abteilungen des Ministeriums die Sonnenstrahlen zuflimmern. In dem dunklen Flügel wohnte aber eigentlich die Amme unserer Finanzen, die Eisenbahn. Und diese Amme muß doch einen guten Platz haben. (Heiterkeit.) Ich bitte ihr mehr Licht zu gönnen, damit der Bube „Fiskus“ gut genährt wird. Die Kanäle werden unsere Eisenbahneinnahmen schädigen.

Herr Wiemer hat geheimnisvoll darauf hingewiesen, daß unsererseits eine Verkoppelung oder Verquickung mit den Zolltarifen beabsichtigt sei. Das ist ein Ammenmärchen. (Große Heiterkeit und Widerspruch links.) Ich erkläre das namens meiner politischen Freunde (Rufe links: Freiherr von Zedlitz) und hoffe damit, dieses Ammenmärchen zerstört zu haben. Mit dem landwirtschaftlichen Minister will ich nicht bis zur Erschaffung und bis zur Arche Noahs zurückgehen. Wir verdanken ja dem Vater Noah außer dem Wein auch die Arche. Ob daraus für den Ausbau der Kanäle in der jetzigen Zeit etwas gefordert werden kann, lasse ich dahingestellt. (Heiterkeit rechts.) Aber aus der Rede des Landwirtschaftsministers war mir das Anerkenntnis schätzenswert, daß an der Oder und der Spree große Notstände herrschten. Ich hoffe, daß der Landwirtschaftsminister aus diesem Anerkenntnis auch die nötigen Konsequenzen ziehen und im Staatsministerium selbst bei Ablehnung der Vorlage für die Abstellung dieser Notstände eintreten wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Schultz**-Bochum (ntl.) vermißt die Moselkanalisierung, die Lippekanalisierung und den Masurischen Kanal, hofft aber, daß es noch gelingen werde, die diesen drei Forderungen entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen. Redner giebt zu, daß sowohl der Emscherthallinie wie der Lippelinie des Dortmund-Ems-Kanals große Bedenken entgegenstehen, gleichwohl halten wir beide Ausführungen für nötig. Die tägliche Förderung der Kohlenreviere ist so groß, daß es zu ihrer Fortschaffung eines Bahnzuges von 16 Kilometer Länge bedürfte. Solchen Anforderungen können die Bahnen unter keinen Umständen gerecht werden, hier bildet eine leistungsfähige Wasserstraße die einzige Hilfe. Mit der Anschauung des Herrn Dr. Am Zehnhoff, daß sich die Emscherthallinie beständig senke und dem neuen Kanal dieselbe Gefahr drohe, kann ich mich nicht befreunden. Ich appelliere an die Rechte, dem Kanal zuzustimmen. Wir sind gewiß die letzten, welche die hohen Verdienste des Ostens unterschätzen, aber wir können sein Verhalten nicht unterstützen, wenn er der hohen wirtschaftlichen Bedeutung, die der Kanal für unser gesamtes Volkswesen besitzt, nicht gerecht werden will. (Zustimmung links.)

Abg. **Stengel** (freik.) ist mit den, an der Oder, der Spree und der Havel vorgeschlagenen Maßnahmen voll und ganz einverstanden, ebenso mit dem Berlin-Stettiner Großschiffahrtskanal. Dagegen ist dies mit dem Rhein-Elbekanal nicht so ohne weiteres der Fall. Hier würden sicher Verschiebungen eintreten. Mit diesem Kanal kämen wir in eine bodenlose Kanalpolitik, in der es dann kein Halten mehr gäbe und wo dann wichtigere Ausgaben hinter diesen zurücktreten müßten. Andererseits wird den Leuten, die von der Kanalvorlage keinen direkten Vorteil hätten, durch Herabsetzung der Eisenbahntarife ein Aequivalent geboten werden müssen, und dadurch werden natürlich die Eisenbahneinnahmen zurückgehen. Ich fürchte, die Zeit ist nicht mehr fern, wo man an eine Erschließung neuer Einnahmequellen wird denken müssen. Meine Bedenken gegen den Kanal und eine großartige Kanalpolitik sind schwerlich zu beseitigen, vornehmlich muß ich die Ausführungen der Regierungsvertreter in der Kommission abwarten. Unsere Zukunft liegt auf dem völkerverbindenden Ozean und nicht auf dem seichten Wasser von Binnenkanälen. (Beifall.)

Eisenbahnminister v. **Thielen:** Dies Wort kann nur Wahrheit werden, wenn unsere Binnenwasserstraßen ausgebaut werden. Ich erinnere an die Zeit der Kämpfe um die ersten Eisenbahnen, wie jetzt jedermann mit der Bahn fährt, so werden auch die Bedenken gegen den Kanal fallen. Die Rechte wünscht den Stettiner Kanal und lehnt die übrigen Forderungen ab. Jeder Kanal hat ja nicht die Untugenden, die die anderen haben. (Stürm. Heiterkeit.) Es soll dahin kommen, daß man auf der rechten Seite des Vaterlandes auf einem Kanal fahren kann, den man auf der linken Hälfte für gefährlich hält. (Zustimmung. Heiterkeit.) Man soll meine Worte nicht so auffassen, als bestimme die Vorlage, daß für die nächsten 15 Jahre keinerlei Wasserbauten mehr erforderlich seien. Ich habe nur gesagt, daß schon allein diese Bauten uns auf die Höhe der Situation bringen würden. Die geplanten Wasserstraßen sind nicht bloß Durchgangswege, sie sollen auch dem örtlichen Verkehr Rechnung tragen. Gerade dieser bedarf dringend der Verbesserung, da er sich rapide entwickelt hat. Der Minister widerlegt Stengels Bedenken wegen der Wasserversorgung, ebenso das Argument der Bodensenkung und die Bedenken wegen Entwertung der Kohlen durch zu langes Lagern an freier Luft. Die Regierung sei gern bereit, weitere Wünsche zu berücksichtigen, kann sich aber hier auf ein neues Programm nicht einlassen. Ich werde in der Kommission alle Aufklärungen geben, die verlangt werden. (Bravo!)

Finanzminister v. **Miquel:** Allerdings ist der Staat berechtigt, die Einnahmen aus den großen Verkehrswegen für sich zu ziehen, allein schon der Standpunkt des Risikos berechtigt den Staat, die Eisenbahntarife so zu gestalten, daß ein Ueberschuß verbleibt. Ich will zugeben, daß es oft angezeigt wäre, die Tarife herabzusetzen. Aber selbst wenn dadurch der Verkehr sich steigern sollte, die Ausgaben würden so wachsen, daß der Nettoertrag heruntergehen würde. Diesen Gesichtspunkt muß die Staatsverwaltung im Auge behalten, wenn man nicht leichtsinnig in die Welt hinein verwalten will. Können die Finanzen es zulassen, so mag der Staat die Tarife herabsetzen. Dulden die Finanzen das nicht, so muß die Regierung die Selbständigkeit und Festigkeit haben, solche Forderungen abzulehnen. Durch die Konkurrenz des Wassers werden die Verhältnisse schwieriger, aber der Staat hat dann noch eine gewaltige Rückendeckung; er kann dann einfach sagen: Wollt Ihr die Mindereinnahmen ausgleichen durch Erhöhung der direkten Steuern? (Heiterkeit.) Wenn der Finanzminister hiermit richtig zu operieren versteht, so hat er gewonnen Spiel. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Stengel meint, man könne den Wagenmangel decken und die Eisenbahnen auf der Höhe halten durch Einführung von Waggons von 20–30 t. Er bedenkt gar nicht, daß diese Aenderung in dem Betriebsmaterial mehr als 500 Millionen kostet und sich auf 15 Jahre berechnet. Wir können die Tarife durch Gesetz gar nicht festlegen. Das würde ein schöner Zustand werden, wenn wir die notwendige bewegliche Entwickelung der Tarife durch Gesetz beschränken wollten. Sie könnten durch Ihre Macht genug Eindruck und Einfluß auf die Staatsregierung ausüben. Ich kann Ihnen nur raten, machen Sie von der Macht, die Sie haben, ausgiebigen Gebrauch. (Große Heiterkeit. Beifall.)

+ **Berlin**, 6. Februar.

Die erste Lesung der **Kanalvorlage** wird fortgesetzt.

Abg. **Schwarze** (Ctr.): Betreffs der Gesamtvorlage glaube ich jetzt, daß jede Verkehrsverbesserung den Verkehr heben wird und die ganze Anlage vollständig rentabel sein wird. Ich möchte aber lediglich wegen der Frage der Lippekanalisierung sprechen. Früher konnten viele Kanalfreunde sagen: Emscher und Lippe, jetzt aber heißt es:

(!) Theresens Glück.

(23. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„O, Duchlaucht, ich bitte!“ wehrte Burkhard fast erschrocken.

„Sie haben mich für einen argen Verschwender gehalten.“

„Die Einkünfte der Herrschaft sind so groß,“ sagte der Oberdirektor entschuldigend, fügte aber sogleich hinzu: „Freilich sind wir früher nicht gewohnt gewesen, daß alles verbraucht wurde. Es wurden jährlich neue Ländereien angekauft, es wurden große Summen für Verbesserungen der Maschinen, für Erhöhung des Betriebs, für Wohlfahrtseinrichtungen aufgewendet, das ist in den letzten Jahren in weit geringerem Maße geschehen. Culdowna steht nicht mehr ganz auf seiner früheren Höhe,“ fügte er hinzu.

In den dunklen Augen des Fürsten zeigte sich ein eigentümliches Flimmern, um die Mundwinkel zuckte es, als wolle er ein zorniges Wort ausstoßen. So flüchtig die Erscheinung war, entging sie dem Landrat aber doch nicht und gab ihm zu denken, während der ganz von seiner Sache erfüllte Direktor nichts davon bemerkte.

Schon sagte der Fürst auch wieder in seiner freundlichen, beinahe demütigen Weise: „Sie sollen sich nicht mehr zu beklagen haben, Herr Direktor, wir werden jetzt hier wie solide Bürgersleute leben und recht wenig verbrauchen.“

„Das ist nicht nötig, Durchlaucht.“

„Doch, doch, es wird Versäumtes nachzuholen sein. Sie möchten die neue Grube gern bald fertig stellen.“

„O Durchlaucht, wenn das möglich wäre, wenn sie noch zum Herbst dem Betriebe übergeben werden könnte!“ rief der Direktor und warf in seinem Eifer die Zigarre weg. „Ich habe einen Ingenieur an der Hand, der die größten Betriebe in England kennen gelernt hat, er würde Ausgezeichnetes leisten, aber um ihn zu fesseln und seine Einrichtungen treffen zu lassen —“

„Bedarf es Geld, und nochmals Geld,“ fiel der Fürst ein. „Wenden Sie auf, was nötig ist, und geben Sie uns, was übrig bleibt —“

„Durchlaucht!“

„Hier meine Hand. Wir werden nicht mehr verlangen, als Sie uns geben können. Mit Therese werden Sie sich freilich wegen ihrer Forderungen für Kinderbewahranstalten, Krankenhaus und was weiß ich sonst noch abzufinden haben.“

„Mit tausend Freuden, Durchlaucht!“ rief der Direktor, die dargebotene Hand schüttelnd.

„Machen Sie mich mit dem Ingenieur bekannt; der Bau der Grube wird für mich ein Gegenstand des höchsten Interesses sein. Sehen Sie, da eröffnet sich mir schon eine Aussicht für anregende Thätigkeit, und mit Ihnen, Herr Landrat, werde ich hoffentlich auch noch auf vielen Gebieten des Gemeinwohls Berührungspunkte finden. Für jetzt dürfen wir uns aber doch den Damen nicht länger entziehen.“

Cunio, der verstohlen schon mehrmals zu der Mittelgruppe hinübergeschaut hatte, mit einem schalkhaften Blick streifend, stand er auf und ging von den beiden Herren gefolgt, zu seiner Gemahlin.

Doktor Freyberg hatte den beiden jungen Damen, zu denen jetzt auch Therese getreten war, einen Spaziergang durch den Park vorgeschlagen, und es wurden für sie soeben Hüte und und Schirme herbeigebracht.

„Sie werden sich uns doch anschließen, Herr Landrat?“ rief der Doktor Cunio entgegen; noch ehe dieser antworten konnte, sagte der Fürst:

„Ich denke, wir gehen sämtlich, und die Fürstin begiebt sich inzwischen wieder in ihre Gemächer, um zu ruhen, nachher kann sie uns dann noch ein Stündchen schenken. Sind Sie damit einverstanden, Herr Doktor?“

„Durchlaucht treffen die Anordnungen in so umsichtiger Weise, daß ich nur zustimmen kann,“ erwiderte Doktor Freyberg sich verbeugend, und Dallkoff fragte lächelnd sich zu der Fürstin beugend:

„Wie denkt aber die Hauptperson darüber?“

„O, ich fühle mich so wohl, ich glaube, ich könnte den Spaziergang mitmachen,“ erwiderte sie, mit einem Blick voll Liebe und Dankbarkeit zu ihm aufschauend.

„Derartige Versuche wollen wir doch lieber noch einige Tage aufschieben,“ sagte er, ihre Hand an seine Lippen drückend, und bat die Gesellschaft, voranzugehen, er werde sie schon einholen.

„Was sagen Sie zu dem allen, Herr Landrat?“ flüsterte der Oberdirektor Cunio zu, während sie einen Bogen um die bronzene Nereide machten, welche eine große Muschel in den hocherhobenen Händen hielt und daraus helle, weitreichende Wasserstrahlen über die sich vor dem Schlosse hinziehenden Blumenanlagen fallen ließ.

Der Landrat zuckte die Achseln. „Man möchte beinahe sagen, es geschehen noch Zeichen und Wunder.“

„Sie trauen der Sinnesänderung nicht?“ fragte der Direktor. „Ich muß gestehen, ich war sehr skeptisch, als der Fürst mich gestern aufsuchte und mir seine Zukunftspläne enthüllte, es scheint ihm aber Ernst damit zu sein.

„Hoffen wir das beste,“ erwiderte zerstreut der Landrat, seine Schritte etwas beschleunigend, denn bereits war Doktor Freiberg mit den drei jungen Mädchen vorausgegangen. Am Eingang des Parkes holte sie der Fürst ein, und nun wechselten im lebhaften Gespräche die Gruppen. Es gelang dem Landrat, den Platz an Theresens Seite zu gewinnen und während des ganzen Spazierganges mit geringen Unterbrechungen zu behaupten.

An einem mitten im Park liegenden, von dunklem Nadelholz umschlossenen See, so daß sein klarer Spiegel eine tief smaragdgrüne Färbung erhalten hatte, traf die Gesellschaft wieder zusammen, und Olga Burkhard, die lange nicht hier gewesen war, rief:

„Wo ist denn die Gondel geblieben, die sonst immer hier angekettet lag?“

Ich weiß es nicht, sie muß bei den vielen Umgestaltungen,

wir fordern statt der Emscher die Lippe. Durch Schuld der Staatsregierung ist es jetzt nicht mehr möglich, beide Kanäle zu bewilligen. In diesem Sinne giebt es jetzt keine Interessenten an der Lippe mehr. Die Regierung selbst hat im Provinziallandtage den Lippekanal zu Fall gebracht durch die unerschwinglichen Bedingungen, die sie stellte, sodaß der im Provinzialausschuß einstimmig angenommene Lippekanalplan im Provinziallandtag durch die Herren Landräte mit den Emscherfreunden zu Falle gebracht wurden. Später hat die Regierung dem Lippekanal auch geschädigt dadurch, daß sie die Tariffreiheit nicht gewährte. Die Emscherfreunde und die Regierung thaten alles, um eine im Centralverein für deutsche Fluß- und Kanalschiffahrt schließlich zu Gunsten der Lippe doch angenommenen Resolution zu verhindern. Die Provinzialbehörden, der Lippeverein, die Landwirtschaftskammer, alle fordern jetzt von der Regierung, die Lippe in die Vorlage hineinzuschaffen, wenn nicht die Kanalisierung der Lippe ad Calendas Graecas verschoben werden sollte. Auch moralisch und gesetzlich ist die Regierung zur Kanalisierung der Lippe oder wenigstens zu ihrer Schiffbarmachung verpflichtet, weil sie die nach dem Allgemeinen Landrecht ihr obliegende Pflicht zur Schiffbarerhaltung der bis in die 40er Jahre schiffbar gewesenen Lippe nicht erfüllt hat. Während sie aber der Weser für das ihr durch den Kanal entzogene Wasser eine Entschädigung zubilligt, hat sie den der Lippe durch Wasserentziehung in steigendem Maße zugefügten Schaden in keiner Weise zu ersetzen für gut befunden, und doch ist, wie Dr. Am Zehnhoff ganz richtig sagte, die Lippe die Amme des Dortmund-Emskanals. Die Lippe ist ein natürlicher Fluß und deswegen der künstlichen Verbindung [illegible] den Emscherkanal vorzuziehen. Bei den landwirtschaftlichen Interessen muß ebenfalls die Lippe den Vorzug bekommen. Hier werden öde, sandige Ländereien durch Erhöhung des Wasserspiegels in beste Wiesen verwandelt und die jetzt sehr gefährlichen Hochflutverhältnisse zu Gunsten der Landwirte erheblich verbessert werden. Bei der Lippe kommen auch keine Befürchtungen wegen Senkungsgefahr vor, die bei der Emscher im höchsten Grade bestehen. Die Regierung selbst gesteht zu, daß in hundert Jahren Senkungen von 10 m. vorkommen, und thatsächlich sind noch größere Senkungen nicht ausgeschlossen, die einen nicht auszudenkenden Schaden bringen würden. Uebrigens giebt die Regierung selbst diese Gefahr zu, indem sie der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ auferlegt, einen Sicherheitspfeiler stehen zu lassen, der der Gesellschaft eine Verminderung des Kohlenabbaus um 150 Millionen Mark verursacht. Wenn die so geschädigten Lippeanlieger sich ihrer Haut wehren, kann man es ihnen nicht verdenken. Auch die Herren, die früher für die Emscherlinie eintraten, würden ihr jetzt eine Schleppbahn nach dem Rhein vorziehen, was doch sicher eine Gefahr für die Verwertung des Kanals bedeutet, aber durch Anlagen, die Herr Krupp hergestellt hat, sehr wahrscheinlich gemacht wird. Finanzielle Gründe lassen ebenfalls die Lippelinie besser erscheinen. Das Kilometer Kanal kostet von der Emscher mindestens 1⅕ Millionen Mk., für die Kosten des 44 Klm. langen Emscherkanals könnte man die ganze Lippe von Lippstadt bis nach Hameln herstellen und würde noch Geld übrig behalten, und dabei ist an der Emscherlinie noch mit einer Erhöhung der Grunderwerbskosten, also mit einer wahrscheinlichen Ueberschreitung des Voranschlags zu rechnen, während für die Lippelinie sichere und feste Bauprojekte von der Firma Fehling und Wächter vorliegen. Nach den an der Emscher bezahlten Grundstückskosten scheint die Grunderwerbsveranschlagung dort überhaupt auf einer falschen Auffassung zu basieren. Die Rücksicht auf die Wasserversorgung spricht ebenso für die sehr wasserreiche Lippe, wie die sanitären Rücksichten, da die Lippe ein sehr reines Wasser führe im Gegensatz zu der schon jetzt stagnierenden Emscher mit der Gefahr etwaiger, in jener dichtbevölkerten Gegend doppelt verhängnisvollen Seuchen. In Rücksicht auf den Verkehr würde die Emscherlinie nur eine noch stärkere Zentralisierung im Emscherbezirk bedeuten, der schon jetzt übervölkert ist und nicht zu einem industriellen Wasserkopf sich entwickeln darf, sondern eines Aderlasses, einer Dezentralisierung bedarf. Die Meinung, der Emscherkanal sei nötig, weil keine Eisenbahnen dort mehr gebaut werden können, ist falsch. Man kann dort noch viele Eisenbahnen von Norden und Süden bauen. Man will uns mit einem Wechsel auf die Zukunft, auf einen später zu erbauenden Kanal abspeisen, aber wir fürchten, man wird diesen Wechsel dann nicht einlösen, den Kunal wegen der Konkurrenz auf die Emscherlinie nicht bauen. Darum sagen wir nicht: Lippe oder Emscher, sondern: Lippe statt Emscher! Ich bin ausdrücklich autorisiert zu der Erklärung, daß eine große Mehrheit meiner Freunde in eine Verhandlung über das ganze Kanalprojekt nur eintritt, wenn die Lippe darin aufgenommen wird. Darum: Videant consules, ne quid detrimenti capiat res publica!

Oberbergrat **Ammost:** Der Abg. Schwarze hat hier auf die Gefahren hingewiesen, welche die Emscherthallinie dem Bergbau bieten. Der Abg. Schultz-Bochum hat gestern vollständig zutreffend ausgeführt, daß weder dem Kanal durch den Bergbau noch dem Bergbau durch den Kanal ein Schaden zugefügt werden könne.

Minister **Thielen:** Der Emscherthalkanal wird durch den Lokalverkehr allein vollständig in Anspruch genommen. Die Lippekanalisierung wird deshalb mit der Zeit sich als notwendig herausstellen, wenn der Verkehr auf der Emscherthallinie so gewaltig geworden ist, daß er die freie Durchfahrt vom Westen nach dem Osten gefährdet. Auch hat die Lippelinie zur Zeit noch keine große örtliche Industrie. Die Zukunft wird sie allerdings hervorbringen, wenn die projektierten Bergbauanlagen zur Förderung gelangt sein werden. Grundsätzlich trägt die Regierung kein Bedenken, die Lippekanalisierung der Provinz Westfalen unter günstigen Bedingungen zu überlassen. Darauf kann der Staat aber nicht eingehen, daß die ganzen Tarifbestimmungen auf die Provinz übergehen. Die Tarifhoheit kann der Staat nicht aus der Hand geben. Eine bestimmte Erklärung über die Kanalisierung der Lippe kann ich hier namens der Staatsregierung nicht abgeben.

Rat **Dreese** setzt die technischen Vorzüge der Emscherthallinie auseinander.

Abg. **v. Thiedemann** (frk.) (nur bruchstückweise verständlich): Ich habe früher meine Ansicht zu Gunsten der Kanalvorlage ausgesprochen, weil sie nicht nur dem Westen, sondern auch der Landwirtschaft im Osten Nutzen bringt. Diese meine Ansicht hat das Mißfallen eines Teils meiner Wähler erregt. Landwirtschaft und Industrie müssen aber zusammengehen. Im Reichstag liegt die Sache so, daß wir erhöhte Kornsätze nur mit Hilfe der Industrie durchsetzen können. Deshalb müßte die Landwirtschaft auch für den Kanal sein, selbst wenn sie keinen Nutzen davon hätte. Aber der Landwirtschaft wird mindestens kein Schaden durch den Kanal erwachsen.

Abg. **Gothein** (frs. Vgg.) erklärt es für selbst, daß die jetzt an der Oder vorgeschlagenen Meliorationsarbeiten durch die früheren Regulierungen nötig geworden seien und protestiert gegen die Belastung der Schiffer durch Abgaben auf den regulierten natürlichen Flußläufen. Der Reichstag würde die dazu nötige Verfassungsänderung nicht vornehmen, und schließlich werde von einer solchen Belastung der Flüsse, trete sie wirklich ein, nur den Westen Vorteil haben, dessen Flüsse frei von der Belastung bleiben würden. Redner bedauert, daß Schlesien in der Vorlage so schlecht fortgekommen sei, nicht einmal die lange schon zugesagten Doppelschleusen am Oder-Spreekanal und die Zugschleusen an der unteren Oder habe man erlangt. Diese Behandlung habe in Schlesien die tiefste Verstimmung erregt, umsomehr als man jetzt mit einer mehr als verdoppelten Belastung an die Interessenten herantritt. Ich glaube, auch im Ministerium giebt es Kanalgegner, und von ihnen rührt dieser Schachzug her. Redner erhofft von den Kanälen eine Herabsetzung der Eisenbahntarife und damit eine Steigerung des Verkehrs. Der später zu erwartende elektrische Bahnbetrieb werde auch die Kosten herabmindern und den Nettogewinn vergrößern.

Ein **Rechnungskommissar** erwidert, die Schleusen am Oder-Spree-Kanal werden verdoppelt werden, sobald das Bedürfnis es verlangt, dasselbe gelte von den Schleusen an der unteren Oder. Mit den Schiffahrtsabgaben solle nun das bisherige System der Abgabenhöhe nach der Tragfähigkeit durch das vollkommenere System nach der wirklichen Belastung fallen. Dabei sollen die Abgaben nach der Leistungsfähigkeit der Interessenten verteilt werden, von einer unangemessenen Erhöhung oder gar Verdoppelung der Abgaben sei keine Rede.

Abg. **Felisch** (kons.) plädiert dagegen, daß die Regierung nur alles oder nichts acceptiere, sondern meint, das Gute, was geboten werde, solle man unter allen Umständen annehmen. Im Namen eines großen Teils seiner politischen Freunde erklärt er sich für den Berlin-Stettiner Kanal, doch ließe sich auf der Trace des Kanals viel billiger eine Eisenbahn bauen, als ein Kanal graben.

Ein **Regierungskommissar** weist darauf hin, daß man viele Hunderte von Millionen würde aufwenden müssen, wenn man durch Eisenbahnen die Wirkungen des Kanals erreichen wollte.

Abg. **v. Standy** (kons.) vermißt in der Vorlage den masurischen Kanal, der für den Landstrich rechts von der Weichsel eine unbedingte Notwendigkeit wäre.

Abg. **v. Arnim** (kons.) erklärt, der Osten habe kein Interesse an einer Wasserstraße nach dem Westen; er wähle den Weg über die Weichsel oder Oder nach dem Meere und dann auf dem Rhein ins Rheinland, oder in das industriereiche Sachsen. Zu den Kosten der Meliorationsarbeiten an der unteren Oder, die überhaupt zu Unrecht in die Vorlage gekommen sei, müssen neben den landwirtschaftlichen die Schiffahrt treibenden Interessenten herangezogen werden. Der Finanzminister habe mit seinen gestrigen Ausführungen, beim weiteren Steigen des industriellen Verkehrs sänken die Nettoeinnahmen der Eisenbahnverwaltung, früher von ihm gethanen Aeußerungen widersprochen.

Finanzminister Dr. **v. Miquel** bestreitet dies letztere, übrigens habe er gestern nur Zukunftsberechnungen angestellt, die allerdings eine große Wahrscheinlichkeit besitzen.

Landwirtschaftsminister Frhr. **v. Hammerstein:** Der masurische Kanal ist so wichtig, daß er jedenfalls mit den hier projektierten Kanälen zugleich begonnen werden wird; nur weil die Interessenten sich noch nicht einigen konnten, ist er bisher noch nicht vorgelegt worden. Die Regierung kann die Vorlage nicht mehr annehmen, wenn sie nur noch Kompensationen enthält, aber damit werden, allerdings nur nach meiner persönlichen Meinung, noch nicht alle Projekte hinfällig werden.

Abg. **Wallbrecht** (natlib.): Abg. Graf Limburg erinnert mit seiner Bereitwilligkeit, alles zu bewilligen, nur nicht den Mittellandkanal, an die in den 40er Jahren ausgesprochene Bereitwilligkeit der Hannoverschen Kammer, die Bahn Hamburg-Hannover zu bewilligen mit Ausnahme des Mittelstücks Lüneburg-Celle, damit die Fuhrleute auch noch etwas zu thun behielten und der Hafer nicht zu billig würde. (Heiterkeit.) Ich sehe in dem Kanal keine Bedrohung unserer Finanzen, sondern ihre Förderung, durch den durch den Kanal veranlaßten industriellen Aufschwung.

Abg. **Zindler** (kons.) spricht sich für die dringend notwendige Warthe- und Netzemelioration aus.

Danach wird die weitere Beratung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Tages-Ereignisse.

Deutschland. ✕ Berlin, 6. Februar. **Zur Vermählung der Königin von Holland** schreibt der Reichsanzeiger: „Zu dem morgigen Feste im Haag, an welchem Ihre Majestät die Königin Wilhelmine der Niederlande einem deutschen Fürstensohne die Hand zum Lebensbunde reicht, werden aus allen Gauen unseres Vaterlandes herzliche Segenswünsche dem erlauchten Hochzeitspaare entgegengebracht. Mit dem niederländischen Volke vereinigt sich die deutsche Nation in der frohen Zuversicht, daß aus dieser Verbindung ein reiches und ungetrübtes Glück für die Neuvermählten wie für die Staaten erblühen wird, über welche die anmutige und edle Erbin des Hauses Oranien zu herrschen berufen ist. Möge der aus inniger Zuneigung geschlossene Bund auch zu einem Wahrzeichen werden für die wachsende Freundschaft zweier Völker, die bestimmt sind, in bester Nachbarschaft und in wechselseitiger Achtung ihrer Eigenschaft neben einander zu leben!“ Die Nordd. Allg. Ztg. widmet dem Ereignis einen längeren Artikel, in dem es heißt: „So ist es natürlich, wenn in Deutschland mit den herzlichsten Wünschen des Tages gedacht wird, an dem die Königin Wilhelmina der Niederlande sich mit einem Angehörigen des in allen deutschen Gauen hochgeachteten mecklenburg-schwerinschen Fürstenhauses vermählt. Sind es doch Bande der Stammesverwandschaft, die uns mit dem kernigen Volke der Niederländer verknüpfen, dieser Nation, deren ursprünglicher Kraft und nie erlahmender Tapferkeit es immer gelang, in allen Stürmen die Freiheit und Unabhängigkeit Niederlands zu behaupten, und die heute in einem festgefügten und weithin geachteten Staatswesen lebt. Und so hoffen wir, daß der am 7. Februar im Haag geschlossene Ehebund der Königin und ihrem Hause, dem Herzog Heinrich zu Mecklenburg und nicht zuletzt dem niederländischen Volke zu Heil und Segen gereichen möge. Die Fügung, daß ein deutscher Fürstensohn als Gemahl der Königin Wilhelmina in das Königsschloß im Haag einzieht, möge mit dazu beitragen, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden mehr und mehr befestigt werden. Gott gebe reiches Glück Ihrer Majestät der Königin Wilhelmina der Niederlande und Sr. Hoheit dem Herzog Heinrich zu Mecklenburg!“

— **Die Rückkehr des Kaisers.** Kaiser Wilhelm ist von seiner Reise nach England zurückkehrt, und seine erste Fahrt auf deutschem Boden geht zu seiner Mutter, um ihr, der selbst schwer Erkrankten, mündlichen Bericht zu erstatten über die letzten Stunden der Königin Viktoria und über die großartige und herzliche Teilnahme des englischen Volkes an dem Hinscheiden seiner verehrten Monarchin. Die Verabschiedung des Kaisers von König Eduard und dem englischen Königshause trug einen sehr herzlichen Charakter. Vor seiner Abreise verlieh der Kaiser noch dem Oberstkommandierenden Feldmarschall Lord Roberts den Schwarzen Adlerorden. — Der Kaiser trifft am Donnerstag früh in Homburg ein, woselbst heute abend bereits der Reichskanzler Graf Bülow eingetroffen ist.

✕ Bei dem Festmahle, das gestern zur Feier des Geburtstags des Kaisers im Reichstage abgehalten wurde, sagte Präsident Graf Ballestrem in seinem Trinkspruch u. a.: „Mögen auch die **Mitglieder des Reichtages** sich ein Beispiel nehmen am kaiserlichen Herrn und in steter Pflichterfüllung ihren Dienst thun! Das wäre ein Rückblick für uns, der uns sehr heilsam wäre.“ Die Worte erregten Heiterkeit und Beifall. Leider werden sie so wenig nützen, wie all die andern Worte, die schon wegen des Absentismus verschwendet worden sind.

✕ Zu der vom Reichskanzler abgegebenen Erklärung, er werde das Erforderliche veranlassen, um noch in der laufenden Session eine Gleichmäßigkeit in der Behandlung der **Invaliden** aus sämtlichen Feldzügen herbeizuführen, wird geschrieben: Die Aufbesserung der Bezüge der Kriegsinvalden besteht in der Pensionserhöhung, in der Verdoppelung der Kriegszulage und der Verstümmelungszulage. Erstere beträgt bisher für Offiziere 750, letztere 600 Mk. jährlich.

— Wie dem Hannoverschen Courier zufolge zuverlässig verlautet, verhandelt das Centrum mit der Staatsregierung wegen Einführung der **Lippe-Kanalisierung** in die Kanalvorlage statt des Emscherthalkanals.

— **Um der jungen Königin von Holland** zur Hochzeit eine Freude zu bereiten, ist ihr Bräutigam nach dem „Militär-wochenbl.“ vom Hauptmann zum Generalmajor im deutschen Heere befördert worden. Zwei Tage nach seiner Beförderung zum Generalmajor ist Herzog Heinrich zu Mecklenburg auf sein Ansuchen aus der deutschen Armee ausgeschieden.

Holland. Vlissingen, 6. Febr. Die Hohenzollern mit dem **Kaiser** und dem Kronprinzen an Bord traf gegen 1¾ Uhr auf der hiesigen Rhede ein. Die niederländischen Kriegsschiffe Zeeland und Noord-Brabant gaben den Salut ab.

Utrecht, 6. Febr. **Präsident Krüger** wurde heute auch am rechten Auge operiert. Die Operation gelang vollkommen.

Großbritannien. London, 5. Febr. **Die Abreise des Kaisers.** Der heutige Tag war für die Huldigung, welche dem Kaiser von der Bevölkerung zum Abschied zugedacht war, so ungünstig wie möglich; die Straßen waren von dem Schneefall der gestrigen Nacht mit halb geschmolzenem Schnee bedeckt, ein Zustand, den der Londoner noch mehr scheut als offenes Regenwetter. Gleichwohl füllten sich die Straßen vom Bahnhof Paddington bis zum Palaste des Königs in Pall Mall kurz nach Mittag rasch mit einem dichten Menschenspalier, das aus Leuten der obern und niedern Klassen bestand. Geduldig harrte die Menge im Schmutz des Schneewassers der Ankunft der Majestäten. Die Fahrbahn wurde durch Schutzleute mit je fünf Schritt Zwischenraum freigehalten. In Picadilly, wo Klubs und Privathäuser von Menschen überfüllt waren, langte der königliche Zug gegen 2 Uhr an, geleitet von Vorreitern und einem Zug Horse Guards. Schon vom Eingange des Hyde Park kündigte ihn stürmisches, brausendes Hurrah an. Im ersten, der vom Sattel gefahrenen fünf Vierspänner saß der Kaiser in britischer Feldmarschallsuniform, zur Rechten neben ihm der König in Garde-Dragoneruniform, dem König gegenüber der Kronprinz ohne Mantel in der Uniform des ersten Garderegiments, neben ihm der Herzog von Connaught in der Uniform seiner Ziethen-Husaren, er und die Majestäten in Mänteln. Die Begrüßung der Menge war von wärmster Herzlichkeit und gradezu begeistert. Der Kaiser, der fortwährend dankend grüßte, war sichtlich erfreut, ebenso wie der König aus seiner Befriedigung über die seinem hohen Gaste erwiesene Huldigung kein Hehl machte. Auch das glänzende, in voller Uniform, meist ohne Mäntel folgende Gefolge des Kaisers sowie die Abordnung der Garde-Dragoner und der Blücher-Husaren ernteten ihren vollen Anteil an den Begrüßungen. Oben an St. James Street war auf rotem Grunde in mächtigen weißen Lettern der Gruß zu lesen: Good bye, Kaiser! Good bless you! (Gott mit Dir, Kaiser! Gott segne Dich!) Die Times veröffentlicht ein Sonett unter der Ueberschrift: veni, vidi, vici, (ich kam, sah und siegte) worin unter Anspielung auf Cäsars Sieg ausgeführt wird, der Kaiser habe hier mit einem Schlage die Herzen bezwungen. Nachdem der Kaiser dann in Marlborough House mit der königlichen Familie das Abschiedsmahl eingenommen hatte, begab sich die hohe Gesellschaft in derselben Ordnung wie vorhin nach dem Bahnhof Charing Cross durch die tausendköpfige, dichtgedrängte Menschenmenge hindurch unter betäubendem Jubelgeschrei, das sich bis in den Bahnhof fortsetzte. Hier erfolgte nach herzlichstem Abschied von dem König und dem Herzog Connaught gegen 4 Uhr die Abfahrt nach Port Viktoria. Alle Flaggen waren heute auf königlichen Befehl hoch gehißt. Seit gestern ankern die von Spithead zur Begleitung der Hohenzollern eingetroffenen deutschen Kreuzer Niobe und Minerva in Sheerneß, wo, wie verlautet, die Kaiseryacht Hohenzollern über Nacht bleiben wird, um morgen früh den Kanal zu kreuzen. Prinz Heinrich traf heute gegen 2 Uhr in Portsmouth ein und ging an Bord seines Flaggschiffes Baden. Das Geschwader soll heute abend oder morgen nach Danzig abgehen. Der König kehrt heute abend nach Windsor zurück.

Port Viktoria, 5. Febr. Der Eisenbahnzug mit Kaiser Wilhelm traf um 5 Uhr nachmittags hier ein. Seesoldaten und Matrosen waren als Ehrenwache aufgestellt. Die auf dem Medwayfluß liegenden Kriegsschiffe feuerten den Königssalut ab. Der Kaiser begab sich sofort an Bord der Hohenzollern, die dann kurz nach 5 Uhr den Hafen verließ, aber für die Nachtstunden auf der Höhe von Sheerneß vor Anker bleibt.

Portsmouth, 5. Febr. Das unter dem Befehl des

---

die der Park erfahren hat, fortgenommen worden sein,“ antwortete Therese, an welche die Frage gerichtet war. „Ich habe garnicht darauf geachtet.“

„Sonderbar, Sie ruderten doch sonst so gerne und so geschickt, Ihr Vater hatte immer seine große Freude daran, die Mama wollte freilich nicht viel davon hören, die war zu ängstlich,“ plauderte Olga weiter, ohne auf die abmahnenden Blicke der Mutter zu achten. Es war sonst schon lange feststehendes Herkommen, jede Anspielung auf die Vergangenheit in Gegenwart des Fürsten und der Fürstin zu vermeiden. In Therese war aber durch die harmlose Frage die Erinnerung an die Vergangenheit besonders lebhaft wach gerüttelt worden. Sie sah sich als Kind, von den Augen des Vaters bewacht, hier auf dem See ihr kleines Boot lenken und später, als sie die Jahre der Einsamkeit mit der Mutter in Culdowna verlebte und auch noch nach deren Vermählung mit dem Fürsten hatte sie sich manchmal dem Wasserport hingegeben. Als sie dann von einer Reise heimkehrend ihr Boot nicht wiedergefunden hatte und ihr gesagt worden war, man habe es der Anordnung des Fürsten gemäß entfernt, hatte sie auch das schweigend hingenommen, wie vieles andere. Jetzt rief sie lebhaft:

„Ach ja, mein Boot! Wo mag es geblieben sein? Ich möchte gern wieder rudern!“

(Fortsetzung folgt.)

Prinzen Heinrich von Preußen stehenden deutsche Geschwader hat heute abend die Heimreise angetreten.

London, 5. Febr. König Eduard hat den Prinzen Heinrich von Preußen zum Ehren-Vizeadmiral der britischen Flotte ernannt.

Italien. □ Rom, 7. Febr. **(Telegramm.)** Das **Ministerium Saracco** hat seine **Entlassung** erbeten, weil die Deputiertenkammer verschiedene Beschlüsse faßte, die Saracco als ein gegen ihn gerichtetes Mißtrauensvotum auffaßte. Wahrscheinlich wird Sonnino mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Der Krieg in Südafrika.

London, 6. Febr. Die Blätter melden, in London sei gestern eine nichtamtliche Mitteilung eingegangen, daß die unter dem Kommando des Obersten Blake stehenden Buren, wozu auch die irische und die amerikanische Brigade gehören, Lorenzo Marques bedrohen und daß die portugiesische Regierung um Unterstützung durch englische Truppen gebeten habe. Es heißt weiter, das britische, in Südafrika stationierte Geschwader erhielt Befehl auf telegraphischem Wege, sofort nach Lorenzo-Marques abzugehen. Britische Truppen seien in Eilmärschen nach der portugiesischen Grenze unterwegs.

Der Angriff auf Lorenzo-Marques hat nur indirekten Vorteil für die Buren insofern, als dadurch Kitchener gezwungen wird, seine an den Bahnlinien in Transvaal und Freistaat liegenden Truppen durch Entsendung nach der bedrohten Hafenstadt zu schwächen. Lorenzo-Marques ist portugiesisch, aber Portugal hat sich in diesem Kriege so verhalten, daß die Buren es ohne weiteres als Verbündeten Englands behandeln dürfen.

□ Lourenco-Marques, 7. Febr. **(Telegramm.)** Die Delagoa-Eisenbahn ist 53 Klm. von hier von den Buren abgeschnitten.

□ London, 7. Febr. **(Telegramm.)** Amtlich wird bekannt gemacht, daß die Regierung sich entschlossen habe, Kitchener außer den bereits in der Kapkolonie gelandeten Mannschaften weitere Verstärkungen in Höhe von **30000 Berittenen** zu senden. Der erste Transport geht am Sonnabend nach Afrika ab.

)(Der Krieg in China.

London, 6. Febr. Wie der Pekinger Berichterstatter der „Daily Mail" erfährt, erkennt die britische Regierung den russischen Anspruch auf das Besitzrecht der Blond- und Elliot-Inseln an, folglich werde der Beschwerde des Admirals Alexejew an Admiral Seymour keine Folge gegeben werden.

London, 6. Febr. Aus Peking wird gemeldet: Die Vetreter der Mächte hatten mit den chinesischen Friedensvermittlern eine Unterredung. Der Doyen des diplomatischen Korps verlas ein Memorandum des französischen Gesandten Pichon über die gegen die Mandarinen während der Unruhen erhobenen Anschuldigungen. Das Memorandum fordert Vollstreckung der Todesstrafe an fünfzehn chinesischen Würdenträgern, darunter Prinz Tuan und Herzog Lan. Li-Hung-Tschang antwortete hierauf und verlas ein längeres Telgramm des Kaisers, in welchem derselbe die Vorschläge des Hofes mitteilt nnd die Mächte anfleht, von China nicht mehr zu verlangen, als es geben könne. „Wie können Sie meine Aufrichtigkeit bezeifeln", so führte Li weiter aus, „nachdem ich Ihrem gerechten Zorne den Prinzen Chuan, einen Prinzen königlichrn Geblütes, geopfert habe." Ferner erklärte Li, daß er vom Kaiser ermächtigt sei, die von den Mächten verlangten Todesurteile zu gewähren, jedoch dürfe der Prinz Tuan und der Herzog Lan nicht unter die Zahl der mit dem Tode zu Bestrafenden aufgenommen werden; beide sollen vielmehr degradiert und verbannt werden.

Aus dem Regbz. Minden.

§ **Bielefeld**, 6. Febr. Stadtverordnetensitzung. Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Geh. Reg. Rat Bunnemann, Bürgermeister Dr. Stapenhorst, Beigeordneter Sprengel sowie die Stadträte Törner, G. Bertelsmann und Bock. 34 Stadtverordnete sind anwesend. Zu Punkt 1 der Tagesordnung teilt der Bürgermeister Dr. Stapenhorst mit, daß der Bezirksausschuß einige unbedeutende Aenderungen zu dem Ortsstatut betr. Erhebung einer Kanalgebühr in der Stadtgemeinde Bielefeld wünsche. Der Magistrat habe zugestimmt. Die Versammlung möge dasselbe thun, was ohne weiteres geschieht. Der Begebung des Restbetrages der 4 pCt. Anleihe E. II. Ausgabe — 1079000 Mk. — wird zugestimmt.

Vom 1. April d. J. ab soll das Anfangs- und Endgehalt der Polizeikommissare um 300 Mk. erhöht werden. Bürgerm. Dr. Stapenhorst befürwortet die Genehmigung damit, daß die Kommissare bisher hinter dem Gehalt der Stadtsekretäre zurückgestanden hätten. Die Kommissare hätten aber mindestens dieselbe Verantwortung wie die Stadtsekretäre, und hätte der Magistrat deshalb die Gehaltserhöhung für berechtigt anertennen müssen, zumal auch in einem Falle das Gehalt des Wachtmeisters höher sei, wie das der Kommissare. Stadtv. Hoffmann hat gegen die Erhöhung nichts einzuwenden, wünscht aber, wie bereits in früheren Jahren, daß auch der Lohn der städt. Arbeiter auf mindestens 3,50 M. festgesetzt werde. Das Anfangsgehalt der Schutzleute wird von 900 auf 1000 M. erhöht. Der Wohnungsgeldzuschuß der Verwaltungsassistenten soll vom 1. April d. J. ab von 250 auf 400 M. erhöht werden. Der Herr Oberbürgermeister teilt mit, daß eine Erhöhung des Zuschusses von den Bureaubeamten mit der Begründung beantragt worden sei, daß im allgemeinen eine Erhöhung der Wohnungsmieten eingetreten sei. Der Staat zahle nun den Unterbeamten 180 und den Subalternbeamten 432 M. Die Stadt zahle den Beamten Wohnungsgeldzuschuß und kein Wohnungsgeld. Der vom Staat gemachte Unterschied sei zu groß und könne hier keine Anwendung finden. Die Assistenten wären in Bezug auf Wohnungsgeldzuschuß bisher mit Unterbeamten gleich gestellt gewesen; wenn dieselben nunmehr beantragten, zu den Subalternbeamten gerechnet zu werden, so müsse man die Berechtigung anerkennen und bitte er deshalb den Magistratsantrag zu genehmigen, was debattelos geschieht. Die Einstellung einer Verwaltungssekretärstelle für das Steueramt in den Haushaltsplan wird zugestimmt, da nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters die Arbeiten auf dem Steueramte diese neue Kraft erheischen. Ferner wird der Gründung einer Stadtsekretärstelle beim Stadtbauamte zugestimmt. Der Herr Oberbürgermeister erstattet nunmehr, gemäß der Vorschrift in der Städteordnung, Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten und führt ungefähr Folgendes aus: Die gewerbliche Thätigkeit habe sich im vergangenen Jahre auf abnehmender Linie bewegt. Grund zu einer Besorgnis läge jedoch nicht vor. Wenn eine gewisse Arbeitslosigkeit z. Zt. herrsche, so sei das doch in der Hauptsache wohl auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen. Die Steuerfähigkeit sei recht wesentlich herabgemindert, und es sei zu hoffen, daß dasselbe erreicht werden würde, wie im vergangenen Jahre. Die Geldverhältnisse des letzten Jahres seien allerdings ungünstig gewesen, jedoch könne von einer Besserung der Lage nunmehr geredet werden. Wie mitgeteilt, habe die Provinzialverwaltung reichlich Geld zur Verfügung, sodaß hier nötigenfalls unter günstigeren Bedingungen der Bedarf gedeckt werden könne. Besonders zeichnet sich das vergangene Jahr durch den Besuch der Majestäten aus, die das hochherzige Geschenk, das Standbild des Großen Kurfürsten, auf der Sparenburg einweihten. Bekanntlich habe am 1. April v. J. die Eingemeindung eines Teiles von Gadderbaum stattgefunden, dadurch ist die Einwohnerzahl der Stadt um 4042 gestiegen. Die Auseinandersetzung mit der Restgemeinde sei leider noch nicht zum Abschluß gebracht. Eine friedliche Einigung sei nicht erzielt worden, und wäre deshalb die Entscheidung des Bezirksausschusses angerufen. Die Stadt habe sich mit dieser Entscheidung zufrieden gegeben, während das Restamt Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben habe. Der Verlauf müsse abgewartet werden. Einspruch würde eventl. erfolgen! Ein Elektrizitätswerksausschuß ist im vorigen Jahre gebildet und der Direktor Brüggemann für das Elektrizitätswerk angestellt. Die bisherigen ungünstigen Verhältnisse beim Stadtbauamte sind beseitigt, indem der Stadtbaumeister Schulte seine Pensionierung beantragt habe und dem Stadtbaumeister Hübner eine entsprechende Beschäftigung beim Bauamte übertragen worden sei. Die Einwohnerzahl ist um 6311 gestiegen, einschließlich 4042 aus Gadderbaum. Die Zahl der Steuerzahler beträgt 9056 gegen 8260. Eheschließungen 684 gegen 638. Geburten 2220. Sterbefälle 1008. Die Sterblichkeitsziffer in Bielefeld ist als günstig zu bezeichnen. Grundstücke und Anstalten: Angekauft sind die Grundstücke von Gräber, Kottmeyer und Steinweg sowie die sogen. Berghalle. Der Postbau wird, soweit bekannt, zur Ausführung kommen. In den neuen Etat der Reichspostverwaltung wäre zunächst der Ankauf von 4032 □m eingestellt. Für nächstes Jahr würden noch der Ankauf von weiteren 2000 □m vorgesehen werden. Diese 2000 □m würden allerdings erheblich billiger abgegeben werden müssen wie die ersteren. Das sei ja aber auch erklärlich, weil sie nicht an der Straße lägen und andererseits die Stadt auch ein Interesse daran habe, daß die Post reichlichen Platz habe und nicht schon nach Verlauf einiger Jahre eingeengt wird. Für den Bahnbau Bielefeld-Lage sind, wie die Eisenbahnverwaltung mitteilt, die Grundstücke bis auf 2 erworben, sodaß angenommen werden kann, daß mit dem Bau im Frühjahr begonnen wird. Gasanstalt: Die Anschlüsse betragen 4500 gegen 4090. Die Gasabgabe für Kraft und Heizung hat sich vermehrt. An Leuchtgas werden gegen das Vorjahr 18000 Kubikmeter weniger abgegeben, was auf die elektrische Lichtanlage zurückzuführen ist. Die höchste Abgabe betrug 22190 Kubikmeter. An Laternen sind 148 neu aufgestellt. Bielefeld müsse inbezug auf Beleuchtung gegenüber anderen Städten als günstig bezeichnet werden. Allen Wünschen könne bei der bedeutenden Ausdehnung des Stadtgebietes nicht Rechnung getragen werden. Was möglich sei, wäre geschehen. Insgesamt sind vorhanden 1287 Laternen, davon 1078 mit Glühlicht, 356 mehr gegen das Vorjahr. Nachtbrenner 40 Stück mehr. Der Preis des Leuchtgases würde um 1 Pfg. erhöht, zumal die Preise für Kohlen erheblich gestiegen sind. Wasserwerk: 3610 Anschlüsse. 286 mehr gegen das Vorjahr, das Rohrnetz hat eine Ausdehnung von 70315 Meter, mehr 7178 Meter. Der Verbrauch stellte sich auf 1672000 Kubikmeter. Tagesdurchschnitt: 3485 Kubikmeter. Elektrizitätswerk: Es sind 63000 Meter Kabel verlegt. An Lampen waren 4000 Stück in Berechnung gezogen, angeschlossen sind bis jetzt 4652 und angemeldet 7156 Stück. Die Einnahme für Beleuchtung betrug im Monat Dezember 5551 Mk., für Kraft: 1096 Mk. Die Straßenbahneinnahme hat im Januar 10468 Mk., durchschnittlich 337,30 Mk. pro Tag, betragen. Stadtsparkasse: Zunahme der Einlagen 369000 Mk. gegen 221000 Mk. Bestand rund: 5 Millionen Mk. gegen 4600000 Mk. Sparkassenbücher 159 Stück mehr. Bauverwaltung: Das, was im vorigen Etat vorgesehen, ist im wesentlichen ausgeführt worden. Die Kläranlage und Rieselfelder funktionieren gut. Die Entwässerung des Schloßhofgebietes hat bedeutende Kosten verursacht. Es ist eine Pumpe aufgestellt worden, welche die Wässer dem Kanal der Jöllenbeckerstraße zuführt. Die Entscheidung über die Entschädigungsforderung Gunst droht noch, es sei zu hoffen, daß die Forderung wesentlich ermäßigt und eine Einigung ohne gerichtliche Entscheidung erfolgen würde. Die Ueberwölbung des Lutterbachs macht gute Fortschritte und es dürfe wohl gesagt werden, daß sich die Arbeit in guten Händen befinde. Straßenneubau: Es werden außerordentliche Mittel verlangt werden müssen für einmalige außerordentliche Regulierung größerer Straßenbauten. Hochbau: Im Vordergrunde stehen natürlich Rathaus- und Theaterbau. Es werden die Pläne voraussichtlich schon in den nächsten vierzehn Tagen in den Händen der Stadtverordneten sein. Baupolizei: Die Baupolizeiverordnung ist vom Bez.-Ausschuß in neuer Verfassung genehmigt. Es wäre notwendig, die Baupolizei-Verordnung schärfer zu handhaben, insbesondere müsse das Bauen konzentriert werden an wirklich fertigen Straßen. Straßenpflasterung würde verlangt und außerdem größere Anforderungen an regelmäßige Entwässerung. Die Bauerlaubnis würde versagt überall da, wo eine geregelte Entwässerung nicht stattfinden kann. Verkehr: Der Magistrat hat sich nochmals mit dem Bau einer Bahnverbindung Münster-Bielefeld befaßt und alles gethan, was vor der Hand möglich ist. Nach eingezogenen Erkundigungen ist das Ministerium nicht geneigt, diese Strecke zu bauen, weil die Verbindung Münster-Osnabrück-Löhne nur 4 Klm. näher ist, wie das Projekt, welches für Bielefeld Vorteile bringt. Die Straßenbahn wird im nächsten Herbst durch neue Linien erweitert werden, vorab müssen jedoch erst noch Kanäle gelegt werden, damit nachher keine Störungen eintreten. Hierauf erstattete Herr Stadtrat Toerner den Finanzbericht. St.-V. Modersohn bringt folgenden Antrag ein: Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich ein Komitee zu bilden, welches Schritte zu unternehmen hat, daß die Bahnstrecke Münster-Bielefeld gebaut werde. Redner begründet seinen Antrag. Damit, daß dieser Bau für Bielefeld von ganz eminenter Bedeutung sei und daß deshalb keine Zeit zu verlieren sei und alle Hebel dafür in Bewegung gesetzt werden müßten. St.-V. O. Delius stimmt dem Antrage zu. Der Herr Oberbürgermeister erwidert, daß ein besonderes Komitee doch wohl für diesen Zweck nicht nötig sei. Es wäre der Verkehrs-Ausschuß da, der sich mit der Sache zu befassen habe, und den er in der nächsten Zeit hätte einladen wollen. St.-V. Modersohn bezweifelt, daß der Verkehrs-Ausschuß die geeignete Institution sei, da seines Erachtens doch auch außerhalb Bielefelds wohnende Personen hinzugezogen werden müßten, z. B. der Oberbürgermeister aus Münster, die Ortsvorsteher aus Steinhagen usw. Die Versammlung stimmt dem Antrage Modersohn zu. Nunmehr beginnt die Beratung des Haushaltplanes. Die Titel wurden, anfangend mit der Ausgabe, einzeln durchberaten. Zu Tit. IIIa Besoldungen hält es St.-V. Schumann nicht für richtig, daß dem Polizei-Inspektor die Geschäfte des Amtsanwalts übertragen worden sind und er dadurch seinen Pflichten als Polizei-Inspektor oft und längere Zeit entzogen würde. Am Magistratstische habe man im vergangenen Jahre, wie er bei Bewilligung des Kleidergeldes für den Inspektor bemerkt habe, daß es nicht lange dauern würde und die Amtsanwaltgeschäfte würden auch auf den Insepektor übergehen, mit dem Kopfe geschüttelt, u. a. wäre auch gesagt worden, daß es niemals dazu kommen würde und nun, unmittelbar nach dem Tode Königs, sei seine Vermutung eingetroffen. Die Stellung des Polizeiinspektors vertrage sich nicht mit der des Amtsanwalts, und er (Redner) bitte deshalb, diesen Zustand zu beseitigen. Bürgermeister Dr. Stapenhorst erwidert, daß die Polizei-Verwaltung ein dringendes Interesse daran habe, daß der Polizei-Inspektor zugleich auch Amtsanwalt sei, und bittet deshalb diesem Wunsche nicht entgegen zu treten. Das Einkommen des Amtsanwalts beträgt etwa 1800 Mk., davon werden 1000 Mark zur Besoldung eines Gehülfen verwendet und außerdem für Vertretung dem Polizei-Kommissar Schröder noch eine Summe gezahlt. Somit ist die Mehreinnahme des Inspektors nur unbedeutend. St.-V. Cremer kann den Ausführungen des St.-V. Schumann nur voll und ganz beistimmen. St.-V. Hoffmann sagt, der Magistrat hätte sein Wort gebrochen; es wäre doch wohl richtiger gewesen, wenn der Magistrat von seiner Absicht, den Polizei-Inspektor zum Amtsanwalt zu ernennen, der Stadtverordneten-Versammlung rechtzeitig Mitteilung gemacht hätte. Herr Oberbürgermeister weist die Worte Hoffmann's zurück. Der Magistrat hätte sich an eine bestimmte Zeit nicht gebunden und wie die Amtsanwaltsgeschäfte nach dem Tode Königs einem anderen Beamten hätten übertragen werden müssen, da sei eine geeignetere Person wie der Polizei-Inspektor Ros nicht verhanden gewesen. St.-V. Sigelkow bittet in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angängig ist, auch den Landkreis Bielefeld zum Bereiche des Gewerbegerichts Bielefeld einzubeziehen. St.-V. Hoffmann wünscht, daß der Polizei-Inspektor nicht wieder Orientierungsreisen wegen einer Straßenverkehrsordnung in der Dauer von 5 Tagen mache. Der Zweck einer solchen Reise nach Berlin, Hamburg und Bremen sei nicht zu verstehen. Bürgermeister Dr. Stapenhorst bittet, ihm das Recht zu belassen, der Polizei-Inspektor mit Aufträgen zu versehen. Die übrigen Titel der Ausgabe geben zu wesentlichen Bemerkungen keinen Anlaß, und wird die Gesamtsumme einstimmig festgesetzt nach der Vorlage. St.-V. Arn. Bertelsmann bittet die Einnahme en bloc zu genehmigen, was einstimmig geschieht. Die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und Realsteuer um je 10% wird genehmigt. Die hierdurch erzielte Mehreinnahme beträgt ca. 63000 Mark. (Forts. folgt.)

✕ **Bielefeld**, 7. Febr. „**Katholischer Schwindel.**" Die „Germania" berichtete kürzlich in einem auch von uns wiedergegebenen Artikel über einen krassen Fall von „sozialdemokratischen Terrorismus" nichtsozialdemokratischen Arbeitskollegen gegenüber auf einem Bau in Schöneberg bei Berlin. Der Vorwärts hat sich bemüht, darzuthun, daß er selbst und die sozialdemokratischen Vertränoe einen derartigen Terrorismus nicht billigen. Wir wollen das dem „Vorwärts" glauben, die Thatsache bleibt aber bestehen, daß überall, wo die sozialdemokratischen Arbeiter die Macht haben ein solcher Terrorismus ausgeübt wird. Die Märk. Volksztg. hat früher über zahlreiche derartige Fälle berichtet, ebenso viele andere Zeitungen. Daß ein solcher Terrorismus ausgeübt wird, weiß jeder christliche Arbeiter, der in Orten mit überwiegend sozialdemokratischer Arbeiterbevölkerung gearbeitet hat. Die „Volkswacht" hat also kein Recht, den oben erwähnten Artikel der „Germania" als katholischen Schwindel zu bezeichnen. Die „Volkswacht" bezeichnet des Weiteren die Handlungsweise des katholischen Kaplans Zillessen in Kalk, der bei der vorjährigen Gewerbegerichtswahl mit unwahren und geschmacklosen Behauptungen gegen die Sozialdemokraten operiert hat, als katholischen Schwindel. Herr Kaplan Zillessen hat seine Behauptungen öffentlich widerrufen müssen, kein katholisches Blatt, keine katholische Auctorität hat das bedauerliche Vorgehen des genannten Kaplans gebilligt. Wenn deshalb die „Volksw." schreibt: „Wir bezweifeln nicht, daß das Centrums-Christentum dennoch dieselben blöden Lügen weiter im eisernen Bestand seiner geistigen Waffen bewahren wird," so ist das weiter nichts als eine nichtswürdige Verdächtigung.

+ **Bielefeld**, 7. Februar. **Musik-Ausschuß.** Am Sonnabend hielt der Musik-Ausschuß seine erste Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende zunächst dem Herrn Musikdirektor Lamping für die Uebernahme des Amtes eines städtischen Musikdirektors dankte. Alsdann wurden die Bedingungen für die Anstellung eines Kapellmeisters und die Bildung eines städtischen Orchesters eingehend beraten und festgestellt. Die Stelle des Kapellmeisters wird baldigst ausgeschrieben werden und man hofft bestimmt, daß das neue Orchester noch zum 1. April d. J. ins Leben treten wird. Eine Petition hiesiger Musiker betr. Anstellung fand wohlwollende Aufnahme.

(†) **Bielefeld**, 7. Februar. In seiner letzten Sitzung hat sich der Magistrat nochmals mit der Angelegenheit betr. Schaffung einer direkten Bahnverbindung nach Münster befaßt und beschlossen, dahin zu wirken, daß die Verbindung **Münster-Warendorf-Brackwede** gebaut wird.

[*] **Bielefeld**, 7. Februar. Der Magistrat hat beschlossen, daß ein **Bürgerbuch** gedruckt werden soll, welches die Ortsstatute, Polizeiverordnungen und allgemeinere Ordnungen in übersichtlicher Weise enthält und demnächst im Buchhandel erscheint.

)†(**Bielefeld**, 6. Febr. 1. Der Cigarrenarbeiter Wilh. Petersmeyer und Heinrich Schäffer zu Eidinghausen, der Fabrikarbeiter Heinrich Eickmeyer zu Werste, der Maurer Heinrich Sieck und der Cigarrenarbeiter Wilhelm Krömker zu Eidinghausen haben am Abend des 21. Oktober v. J. auf dem Hofe des Kolon Stümeyer zu Eidinghausen derartigen Skandal gemacht, daß der Besitzer ihnen den Aufenthalt dortselbst verboten hatte. Der Angeklagte Schäffer war dieser Aufforderung nicht allein nicht nachgekommen, sondern hatte in einer Rauferei den Besitzer mit einem Messer gestochen. Schäffer erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruchs 9 Monate Gefängnis. Außerdem wurden sämtliche Angeklagte wegen Verübung groben Unfugs zu 6 Wochen Haft verurteilt. — 2. Dem Handlanger Friedr. Schulte zu Bielefeld geb. zu Soest, war am Abend des 22. Oktober vor. Js. von einem Mädchen auf dem Tanzboden abgeschlagen worden. Hierüber in Wut geraten, hat er demselben auf der Straße eine Ohrfeige gegeben und dieselbe solange verfolgt, bis sie in ein Haus flüchtete. Hier angekommen, hat der Angeklagte dem Arbeiter H. Müller, der mit dem Mädchen unter der Hausthüre stand, einen Messerstich in die Seite beigebracht. Der Gerichtshof erkannte gegen Schulte wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung auf 1 Jahr und 6 Monate und 3 Tage Gefängnis. — 3. Der inhaftierte Maurer Paul Giering zu Varensell hat am 4. Oktober v. Js. auf der Landstraße zu Varensell seinem Abeitskollegen Breiholz mit einer Schnapsflasche derart ins Gesicht geschlagen, daß derselbe durch die erhaltenen Wunden 14 Tage arbeitsunfähig gewesen ist. G. wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. — 4. Der Bauunternehmer Heinr. Nolte-Ernsting zu Niederbechsen ist am 8. August v. Js. vom Schöffengericht zu Oeynhausen von der Anklage der Sachbeschädigung freigesprochen. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hat die hiesige Strafkammer das erste Urteil aufgehoben und Nolte zu 30 Mk. ev. 6 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Oberlandesgericht hob jedoch dieses letzte Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die hiesige Strafkammer, die im Sinne des Schöffengerichtes heute erkannte. Es blieb also bei der ersten Freisprechung.

!-! **Stieghorst** b. Bielefeld, 4. Febr. Das 200jährige Krönungsjubiläum wurde hier in eigentümlicher Weise gefeiert. Am 27. Januar versammelte der evangelische Pfarrer Neuhoff die Gemeinde im Konfirmandensaale und gab seinen Zuhörern in seinem Festvortrage folgendes zum Besten: „Kurfürst Friedrich III. setzte sich am 18. Januar 1701 die Königskrone auf, zum Aerger des Kaisers, zum Aerger des Papstes, der alles Evangelische haßt und was mit dem Evangelium zusammenhängt. Der damalige Papst hat das gethan, die ganze Reihe der nachfolgenden Päpste hat das gethan, der heutige thut es auch. So lange ein Papst auf dem römischen Stuhle sitzt, wird er es nicht zugeben, daß es ein evangelisches Königreich und ein evangelisches Kaisertum giebt."

Es verrät einen eigentümlichen Takt, an einem Tage, an welchem die Mitglieder aller Konfessionen sich freudig zusammenscharen, um ein patriotisches Fest zu feiern, ein derartiges, die Konfessionen verhetzendes Zeug zusammenzureden. So etwas bringt eben nur ein konfessioneller Fanatiker fertig. Mit den Geschichtskenntnissen des Herrn Pastors Neuhoff scheint es dabei recht schwach bestellt zu sein. Anders müßte er wissen, daß der Aerger des deutschen Kaisers über die Königskrönung nicht so groß gewesen sein kann, da dieselbe doch mit seiner Genehmigung erfolgt ist. Ohne diese Genehmigung hätte Kurfürst Friedrich sich die Königskrone kaum schwerlich aufs Haupt setzen können. Herr Prediger Neuhoff scheint auch nicht zu wissen, daß hauptsächlich der Jesuit Wolf es war, der am Wiener Kaiserhofe es durchgesetzt hat, daß der Herzenswunsch des Branderburger Kurfürsten bezüglich der Königswürde in Erfüllung ging.

Vermischtes.

Metz, 4. Februar. Ueber die schon mehrfach in unserer Zeitung erwähnte Erschießung des Hauptmanns Adams vom Infanterie-Regiement Nr. 17 in **Mörchingen** durch den Oberleutnant Rüger vom Infanterie-Regiment Nr. 144 sind hier folgende zum Teil von anderen Mitteilungen abweichende Einzelheiten bekannt geworden. Zwischen dem genannten Hauptmann und dem Oberstabsarzt Dr. Rüger, dem Bruder des genannten Oberleutnants, bestand schon seit längerer

Zeit ein gespanntes Verhältnis. Als nun eine Anzahl unverheirateter Offiziere nach dem Festessen an Kaisers-Geburtstag in sehr animierter Stimmung zusammen saßen, kam die Rede auch auf allerlei Kraftübungen, in denen sich auch einige zum Ergötzen der Zuschauer versuchten. Der Oberstabsarzt Rüger soll darüber wiederholt abfällige und spöttische Bemerkungen geäußert haben. Eine dieser Bemerkungen mußte Hauptmann Adams, der sehr aufgeregt war, auf sich bezogen haben, denn plötzlich versetzte er dem Oberstabsarzt Rüger einen Faustschlag an den Kopf. Beide Herren stürzten nun auf einander los, wurden aber von den Anwesenden an weiteren Handgreiflichkeiten verhindert, und als alle Ausgleichsversuche gescheitert waren, nach Hause gebracht. Als der Bruder des Oberstabsarztes, der Oberleutnant Rüger, kurze Zeit darauf von dem Vorfall erfuhr, begab er sich mit einem geladenen Revolver bewaffnet, in die Wohnung des Hauptmannes Adams, um diesen mit Gewalt zu einer Erklärung zu zwingen. Ueber das, was nun zwischen Beiden geschah, schwebt natürlich ein gewisses Dunkel, da beide ohne Zeugen waren. Die Mitbewohner des Hauses hörten nur den Schuß und sahen den Oberleutnant Rüger zum Hause hinauseilen. Den Hauptmann Adams fand man mit einer Schußwunde in der linken Brust bereits tot auf dem Boden liegend. Sein gezogener Säbel lag neben ihm. In hiesigen Militärkreisen wird die Sache nun so aufgefaßt, daß der Hauptmann Adams den in das Zimmer eindringenden Rüger nicht anhören wollte und endlich mit gezogenem Säbel auf ihn eindrang, worauf Rüger den verhängnisvollen Schuß abgab. Der Letztgenannte begab sich sofort zur Wache und meldete den Vorfall und sich selbst zum Arrest. Oberleutnant Rüger befindet sich bereits seit einigen Tagen im hiesigen Militärgefängnis.

— **Metz**, 5. Febr. Erschossen hat sich gestern morgen der Regierungsbaumeister Honsel in seinem Bureau im Bezirkspräsidium.

— **Petersburg**, 6. Febr. In Baku entstand gestern ein Brand in den Lagern der Kaspisch-Schwarzemeer-Gesellschaft (Rothschild), welche 6 Millionen Pud Petroleum enthielten. Der Brand erfaßte außerdem noch drei Lager mit einem Rauminhalt von 12 Millionen Pud. Während der Löscharbeiten ergoß sich das Naphta lavaartig und überschwemmte die Arbeiterwohnungen. Die Häuser fingen zu brennen an und wurden schließlich gänzlich zerstört. Bei der schrecklichen Katastrophe kamen viele Menschen um. Bis jetzt wurden 20 verkohlte Leichen auf der Brandstätte hervorgezogen. Ueber 50 Personen erlitten schwere Brandwunden. Vierhundert Arbeiterfamilien verloren ihre ganze Habe. Der Brand des Lagers dauert noch an. Die benachbarten Lagerreservoirs sind in großer Gefahr. Es herrscht allgemeine Panik. Am Sonntag wurden in Balachani 4 Fontänen der Firma Melikoros, zwei der Kaspisch-Schwarzemeer-Gesellschaft und 2, die der Firma Rilski Erben gehörten, ein Raub der Flammen.

— **Aus dem Reiche des Aberglaubens.** In Tschuchloma, einer Stadt von 2200 Einwohnern im Gouvernements Kustroma, wütete im Sommer 1900 unter dem Vieh die sibirische Pest. Die erschreckte Bevölkerung beschloß ein gründliches Mittel anzuwenden, und um dem Viehsterben abzuhelfen, wurden nach dem „Globus" zusammen mit den gefallenen Pferden in Anwesenheit des Polizeimeisters zwei lebende Geschöpfe, ein Hund und eine Katze, eingescharrt.

Gedenktage.

7. Februar 1878: Papst Pius IX. gestorben.

Wetteraussichten.

Am 8. Februar: Vorwiegend heiteres, trockenes, kälteres Wetter.
Am 9. Februar: Ziemlich heiteres, meist trockenes Frostwetter.

Wie aus den Berichten (s. Broschüre) ersichtlich empfehlen viele Professoren und Aerzte seit Jahrzehnten bei Verdauungsstörungen Verstopfung und deren Folgezuständen, Kopfschmerzen, Blutandrang, Appetitlosigkeit, sowie bei Hämorrhoidalleiden die

Apotheker Richd. Brandt's **Schweizer-Pillen.**

Erhältlich à Schachtel Mk. 1.— in den Apotheken. Bestandtheile sind: Extract von Silge 1,5 gr. Moschusgarbe, Absinth, Aloe je 1 gr., Bitterklee, Benitan je 0,5 gr., dazu Gentian- und Bitterkleepulver in gleichen Theilen und im Quantum um daraus 50 Pillen im Gewicht von 0,12 gr. herzustellen.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Wilh. Clemens in Bielefeld, für den übrigen Inhalt: F. Knippschild in Oelde. — Rotationsdruck und Verlag von E. Holterdorf in Bielefeld und Oelde. — Expedition: Bielefeld, Klosterstraße 1.

Grundsteuer-Ordnung

der Gemeinde Bielefeld.

Mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung wird gemäß den §§ 23, 25, 27 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G. S. S. 152) für die Gemeinde Bielefeld folgende Grundsteuer-Ordnung erlassen:

§ 1.

Von allen im Stadtbezirke belegenen bebauten und unbebauten Grundstücken, soweit ihnen nicht nach § 24 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 Befreiung von der Gemeindesteuer vom Grundbesitz zusteht, wird eine Gemeinde-Grundsteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben.

§ 2.

Der Besteuerung wird der gemeine Wert der steuerpflichtigen Grundstücke zu Grunde gelegt.

Die Grundsteuer wird nach einem für jedes Steuerjahr durch Gemeindebeschluß festzustellenden und in ortsüblicher Weise bekannt zu machenden Satze von jedem Tausend Mark des gemeinen Wertes der einzelnen Grundstücke erhoben.

§ 3.

Der gemeine Wert kommt für die Besteuerung nur mit drei Vierteln zur Anrechnung:

1. bei Gebäuden und Grundstücken, der Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, Familien gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen, und deren Statut die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens vier Prozent ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt;
2. bei Gebäuden der Arbeiter, von der Gewerbesteuer befreiten Handwerker oder diesen wirtschaftlich gleichzustellenden Personen, wenn die Gebäude dazu bestimmt sind, von ihnen ausschließlich oder außer von ihnen selbst nur von höchstens drei anderen Arbeiter-, Handwerker- oder diesen wirtschaftlich gleichzustellenden Familien bewohnt zu werden.

Voraussetzung für die Anwendbarkeit dieses § ist, daß das einzelne Wohngebäude mit zugehörigen Nebengebäuden und Grundstücken keinen höheren Wert als 20000 Mark hat und der Magistrat anerkennt, daß eine der Voraussetzung dieses § zutreffen.

§ 4.

Die Feststellung des gemeinen Wertes erfolgt für je 3 aufeinanderfolgenden Steuerjahre durch den Steuerausschuß.

§ 5.

Zum Zwecke der Veranlagung ist jeder Eigentümer eines steuerpflichtigen Grundstücks verpflichtet, auf die an ihn gerichtete schriftliche Aufforderung des Steuerausschusses (Magistrat u. s. f.) über bestimmte, für die Besteuerung erhebliche Thatsachen innerhalb der ihm zu bezeichnenden Frist Auskunft zu erteilen. Der Steuerausschuß (Magistrat u. s. f.) ist bei der Veranlagung an die Angaben des Steuerpflichtigen nicht gebunden. Wird die Auskunft beanstandet, so sind dem Steuerpflichtigen vor der Veranlagung die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimstellen mitzuteilen, hierüber binnen einer angemessenen Frist eine weitere Erklärung abzugeben.

§ 6.

Jeder Eigentümer eines steuerpflichtigen Grundstücks hat dem Magistrat (Gemeindevorstande unter Verlegung der betreffenden Urkunden oder sonstigen Nachweise binnen vier Wochen nach Eintritt der Veränderung Anzeige zu machen:

1. wenn in dem Eigentum des Grundstücks ein Wechsel eintritt,
2. wenn bisher steuerpflichtige Grundstücke in die Klasse der steuerfreien übergehen und umgekehrt,
3. wenn Gebäude neu erstehen oder gänzlich eingehen,
4. wenn besteuerte Hausgrundstücke in ihrer Substanz, insbesondere durch das Aufsetzen oder Abnehmen eines Stockwerkes oder durch das Anbauen oder Abbrechen eines Grundstückteiles, durch Vergrößerung oder gänzliche oder teilweise Abtrennung dazu gehöriger Hofräume und Gärten oder besteuerte unbebaute Grundstücke durch Teilung oder Zusammenlegung mit anderen bebauten oder unbebauten verändert werden.

§ 7.

Die nach dieser Steuerordnung den Eigentümern der steuerpflichtigen Grundstücke obliegenden Verpflichtungen liegen in gleicher Weise ihren gesetzlichen Vertretern (Vormündern, Pflegern, Vorstehern von Korporationen, Aktiengesellschaften (u. s. f.) sowie den von den Eigentümern mit der Verwaltung der Grundstücke beauftragten Personen ob.

§ 8.

Die Steuerpflicht oder Steuererhöhung hinsichtlich neuerbauter oder in ihrer Substanz verbesserter Gebäude (§ 6 Nr. 3 u. 4) beginnt nach Ablauf des Rechnungsjahres, in welchem der Neubau bewohnbar oder benutzbar geworden oder die Verbesserung vollendet ist.

Im übrigen treten Ermäßigungen und Erhöhungen der Steuer infolge der in § 6 erwähnten Veränderungen mit dem ersten Tage des auf die Veränderung folgenden Monats in Kraft. Sind jedoch die im § 6 unter Nr. 2, 3 und 4 erwähnten Veränderungen nicht bis zu diesem Tage in der vorgeschriebenen Weise angezeigt, so tritt eine dadurch bedingte Ermäßigung oder Befreiung von der Steuer erst mit dem Tage des auf die Anzeige folgenden Monats in Kraft.

Die hiernach erfolgenden Zwangsveranlagungen erfolgen für den Rest des laufenden Rechnungsjahres nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung. Im übrigen werden die im Laufe eines Rechnungsjahres eintretenden Veränderungen im gemeinen Werte der steuerpflichtigen Grundstücke erst bei der nächsten Veranlagung berücksichtigt.

§ 9.

Für die Gemeindegrundsteuer haftet außer dem Eigentümer der Nießbraucher des steuerpflichtigen Grundstücks.

Mehrere Miteigentümer oder Nießbraucher desselben Grundstücks haften solidarisch.

Die Bestimmung im Absatz 2 findet auch Anwendung, wenn das Eigentum einerseits an Grund und Boden, andrerseits an den darauf errichteten Gebäuden verschiedenen Personen zusteht. Im Falle des Eigentumswechsels haftet außer dem neuen der bisherige Eigentümer bis zur Erstattung der im § 6 vorgeschriebenen Anzeige.

§ 10.

Veranlagte Grundsteuerbeträge können in einzelnen Fällen durch den Magistrat niedergeschlagen werden, wenn deren zwangsweise Beitreibung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährden oder wenn das Beitreibungsverfahren voraussichtlich ohne Erfolg sein würde.

§ 11.

Gegen die dem Eigentümer des steuerpflichtigen Grundstücks durch besondere Mitteilung bekannt zu machende Veranlagung steht diesen innerhalb einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Mitteilung beginnenden vierwöchigen Frist das Rechtsmittel des Einspruchs bei dem Magistrat und gegen dessen Bescheid innerhalb einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung beginnenden zweiwöchigen Frist die Klage bei dem Bezirksausschusse offen.

Einspruch und Klage haben auf die Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung der veranlagten Steuer keinen Einfluß.

§ 12.

Die Steuer ist in vierteljährlichen Beträgen an den Werktagen vom 3. bis 16. des zweiten Monats eines jeden Vierteljahres zu entrichten.

Rückstände werden im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens beigetrieben.

§ 13.

Wer eine ihm gemäß §§ 5 bis 7 obliegende Auskunft oder Anzeige nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Form erstattet, wird, insofern nicht nach bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

§ 14.

Diese Steuerordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft, die erste Veranlagung erfolgt für den am 1. April 1902 beginnenden Veranlagungszeitraum.

Bielefeld, den 10. Dezember 1900.

Der Magistrat.

Warnung.

In der Tagespresse wird gegenwärtig unter dem Namen Epstein's Polygonum-Thee (Russ. Knöterich) ein angeblich gegen Brust- und Halsleiden wirksames Mittel angepriesen und seitens eines F. Epstein in Dresden in Päckchen von etwa 70 gr Inhalt zum Preise von 1 Mark, zuzüglich 40 Pfg. Nachnahmegebühr, versandt.

Der Thee besteht lediglich aus zerkleinerten Teilen des gewöhnlichen Vogelknöterichs, wie er auf allen Wegen und namentlich auch oft an wenig verkehrsreichen Straßen zwischen den Pflastersteinen wächst. Der in Rußland vorkommende Vogelknöterich ist von dem in Deutschland wachsenden in keiner Weise verschieden.

Eine spezifische Heilwirkung hat der Vogelknöterich nicht; 70 gr desselben in zerschnittenem Zustande haben im Großhandel einen Wert von etwa 10 Pfg.

Berlin, den 6. Januar 1901. (I. A a 5730.)

Der Polizei-Präsident.
von Windheim.

Bekanntmachung.

In hiesiger Stadt soll baldigst ein neues **städtisches Orchester** als Privatunternehmen eines Kapellmeisters mit einer städtischen Subvention von jährlich 10,000 Mark begründet werden, mit künstlerischer Oberleitung des städt. Musikdirektors Lamping.

Die Bedingungen sind vom Oberstadtsekretär hierselbst zu beziehen.

Geeignete Bewerber werden gebeten, ihre Meldungen thunlichst bis zum 18. d. M. uns einzureichen.

Bielefeld, den 4. Febr. 1901.

Der städt. Musik-Ausschuß:
Toerner, Stadtrat.

Neu! Klänge Neu!
von der Spa.renburg.
Marsch von J. Adler.
Preis für Klavier 1 Mark.
Vorrätig bei:
E. Holterdorf, Bielefeld,
Klosterstrasse 1.

Margarine:

Mohra, guter Naturbutter gleichkommend, p. Pfd. 70 Pfd., **FF.**, Pfd. 60 Pfg., bei 5 Pfd. zu 55 Pfg. per Pfund empfiehlt in **stets frischer** Ware

Ferdinand Evers,
Bielefeld, Neumarkt 15.

In einigen Tagen erscheint in unserm Verlage:

Das allgemeine
heilige Jubiläum.

Ein Lehr- und Erbauungsbüchlein. Herausgegeben von Joh. Jak. Hansen, Pfarrer. Mit kirchlicher Druckerlaubnis. 64 S. Preis 15 Pfg.

Bestellungen werden schon jetzt von uns entgegengenommen.

Bonifacius-Druckerei,
Paderborn.

Suche zum 1. April ein brav. kath. **Kindermädchen**, nicht unter 18 Jahre alt, welches etwas nähen kann, sowie eine in der bürg. und fein. Küche vollständig erfahrene **Köchin**, welche etwas Hausarbeit übernimmt. Gute Zeugnisse erforderlich. Frau Amtsgerichtsrat **Leising**, Bielefeld, Grünstraße 31.

Suche zum 15. März ein tüchtiges
Mädchen
für Haus- und Gartenarbeit und zum Bedienen im Laden und in der Wirtschaft.
Frau Theodor Eickhoff,
Recklinghausen, Münsterstr. 21.

Ordentl. Mädchen
in einen Haushalt v. 3 Personen unter Familienanschl. sofort gesucht.
Frau E. Wietscher,
Solingen.

Ein Mädchen
für Küche und Hausarbeit für eine Wirtschaft zum 1. April gegen guten Lohn **gesucht.**
Näh. in der Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. April tüchtiges
Hausmädchen
und erfahrene, perfekte, ältere **Köchin,**
die etwas Hausarbeit übernimmt,
Zu erfragen in der Expedition.

Ein erfahrener, energischer, katholischer
Verwalter,
der sich vor keiner Arbeit scheut, zum 1. April auf ein Brennerei-Gut mit schwerem Boden **gesucht.** Spätere Verheiratung event. gestattet. Anfragen mit Zeugnis-Abschriften und Gehaltsansprüchen befördert sub **B. W. 364** die Exped. dieser Zeitung.

Zum 1. April oder Mai ein
Eleve
ohne gegenseitige Vergütung gesucht von **Frz. Rebbelmund,**
Gutspächter, **Calcum.**

Zum 1. April findet ein zuverlässiger erster
Fuhr- und Ackerknecht
gegen hohen Lohn Stelle auf
Gut Wormsberg
bei **Oelde.**

Ein flinker **Junge** von 14—15 Jahren als **Hausdiener** in ein Hotel **gesucht.** Näh. in d. Exped.

Suche zum 1. April einen tücht
Fuhrknecht
mit guten Zeugnissen.
Aug. Tovar, Getreidehandlung,
Warendorf.

Ich suche zum 1. April d. Js. einen zuverlässigen
Knecht
(Baumeister) gegen hohen Lohn.
Schulze Rötering, Altahlen.

Junger Schneider-Geselle
nach **Düsseldorf** gesucht, gute Behandlung zugesichert. Zu erfragen bei Frau **Wwe. Wiens, Oelde,** Estinghauserhof No. 40, od. schriftlich anfr. bei **H. Wiens, Düsseldorf,** Alexanderstraße No. 11.

Zum sofortigen Eintritt ein
Schneidergeselle
gesucht für dauernde Beschäftigung.
Otto Fillies, Schneidermeister,
Warendorf.

Ein Schneidergehülfe
und ein Sohn achtbarer Eltern, kathol., der das Schneiderhandwerk erlernen will, wird auf sofort oder später gesucht, von
Johann Schlieper, Ahlen,
Nordstraße 28.

Tüchtiger
Schmiedegeselle
(auch **Hufschmied**) gesucht.
W. Arens, Beckum.

Ein Knecht
von 15 bis 18 Jahren auf sofort gesucht von
Beese, Ziegelei,
Kspl. Beckum.

Bildhauer-Lehrlinge
gesucht von
A. Hermann, Bildhauer,
Beckum, Nordwall 8.

Gärtner-Lehrling,
kathol., gesund und kräft., Sohn brav. Eltern, findet gleich od. z. Frühjahr gute Lehrst. in bess. Gärtnerei. Bedingungen günstig.
Gefl. Offerten unter **Z. G. 43** beförd. die Exped. d. Bl.

ff. Harzer Kümmel-Käse
versendet franko gegen Nachnahme oder Kasse 100 St. zu Mk. 3,60 (gröss. Abn. billiger) die Käsefabrik von **Wilh. Hahne,** Stiege im Harz, Brunnenstr. 59.

Handels-Nachrichten.

Bericht über thatsächlich erzielte Getreidepreise in der Provinz Westfalen.

Preis in Mark pro Doppelzentner oder 200 Pfund.

Mittwoch, den 6. Februar 1901.

Kreis Steinfurt Weizen 15,65, Roggen 14,00, Koesfeld Weizen 15,35, Roggen 14,20, Münster Weizen 15,90, Roggen 14,25, Warendorf Weizen 16,65, Beckum Roggen 14,40, Wiedenbrück Roggen 14,80, Lippstadt Weizen 15,75, Roggen 14,00, Soest Weizen 16,30, Roggen 14,00, Hafer 12,30, Paderborn Weizen 15,20, Roggen 14,60, Hafer 12,80, Büren Hafer 12,80, Bielefeld Weizen 15,00, Roggen 14,70, Herford Roggen 14,90, Osnabrück Weizen 15,00, Roggen 14,10, Gerste 13,40, Hafer 13,30.

Börsen-Notierungen nach privaten Ermittelungen.

Münster. Weizen 15,90 inl., 18,75 ausl., Roggen 14,30 inl., 16,75 ausl., Gerste 15,25 inl., 19,00 ausl., Hafer 14,50 inl., 16,50 ausl.

Paderborn. (Amtl.) Roggen 14,90, Hafer 13,00.

Ierlohn. (Amtl. ermitt.) Weizen 17,50, Roggen 16,50, Gerste 14,50, Hafer 16,00.

Osnabrück. (Amtl. ermitt.) Weizen 15,10, Roggen 14,30, Gerste 14,10, Hafer 14,00.

Dortmund. (Börse.) Weizen 16,20 inl., 18,25 ausl., Roggen 15,00 inl., 16,25 ausl., Gerste 13,00 inl., Hafer 14,50 inl., 14,50 ausl.

Essen. (Börse.) Weizen 16,00 inl., 18,25 ausl., Roggen 13,75 inl., 16,25 ausl., Hafer 15,50 ausl.

Bremen. Weizen 15,50 inl., 17,25 ausl., Roggen 14,60 inl., 14,50 ausl., Hafer 00,00 ausl.

Berliner Börse vom 6. Februar.

(Nach amtlichen Notierungen.)

Preußische und Deutsche Fonds.	Zf.		Industrie-Aktien.	Zf.	
Deutsche Reichsanleihe ov.	3½	98,25bG	Georg Mar. Bergwk.	10	109,75b
dto. dto.	3½	98,50bG	dto. 5 pCt. St.-Prior.	10	127,60G
dto. dto.	3	88,80b	Guano-Werke	5	89,25bG
Preuß. kons. St.-Anl. ov.	3½	98,00bG	Hagener Gußst.	6	81,70b
dto. dto.	3½	98,10bG	Hart. Berg St.-P.	6½	99,25b
dto. dto.	3	88,80b	Harpener Bergw.	10	164,10b
Westf. Prov. Anl. II.	3	—,—	Hasper Eisenw.	22½	161,50bG
dto. dto.	3½	—,—	Hengstenb. Mich.	5	—,—
Westfäl. landsch. Pfandbr.	4	101,20G	Hibernia	12	173,50bG
dto. dto.	3½	95,10G	Horder Bergw. St.-Pr.	9	92,00G
dto. dto.	3	84,70bG	„ St.-Pr. L. A.	14	126,50bG
Rhein. Westf. Rentenbriefe	4	102,00bB	Hösch Stahlw.	15	157,50b
dto. dto.	3½	95,90G	Horter Cement	12	105,25bG
Köln-Mind.-Pr. Anl.	3½	131,80b	Hoffmann Stärkef.	12	167,10b
Banken.			Isenbeck Brauerei	8	88,50G
Berg-Märk. Bank	8½	148,00bG	Königsborn Bergw.	10	143,00bG
Bochumer Bank	7	105,80G	Louise Tiefb.	0	72,50bG
Dortm. Bank.	8	118,10G	„ St.-Pr.	4	110,10b
Essener „	8	111,25G	Massener Bergw.	9	128,00bG
Essener Kred. Anst.	8½	137,50bB	Mähmasch. Koch u. Co.	11	141,50G
Märkische Bank	7½	—,—	Nordd. Lloyd	7½	117,40bG
Osnabrücker Bank	7½	137,75B	Nordstern Steink.	16	193,00bG
Reichsbank	10,40	145,00b	Phönix Bergw.	11	147,30bG
neue	—	—,—	Ravensb. Spinnerei	9½	128,50B
Westfälische Bank	6½	110,25bG	Rhein.-Westf. Industr.	21	215,00b
Industrie-Aktien.			Kattw.	9	104,00G
Allg. Elektr. Ges.	15	208,50bG	Schalker Gruben	75	319,00bG
Annen Gußstahl	10	105,00bG	Schuckert Elektr.	15	169,80b
Aplerb. Steink.	2	101,50bG	Siemens und Halske	10	158,50bG
Baroper Walzw.	0	111,00b	Stadtberger Hütte	11	164,50bG
Berl. Elektr. Werke	13	188,50bG	Trebertrocknung-Cassel	25	226,30b
Bielef. Masch. Dürkopp	25	195,50bG	Vogt u. Wolf Gutersl.	12	173,50G
Bochumer Gußstahl	16⅔	174,50b	Vorwärts, Bielef. Spinn.	6½	88,10G
Caroline	8½	161,90G	Warsteiner Gruben	7½	—,—
Consolidat.-Bergw.	25	300,25b	Westf. Drahtindust.	11	134,75b
Dannenbaum	4	68,25bG	Westfalia Cement	25	182,00bG
Deutsche Gasglühlicht	28	439,60bG	Wicking Cement	13	129,00b
Dortm. Union C	6	76,50o	Witten. Gußst.	18	175,00G
dto. Union-Brauerei	18	336,00G	**Bahn-Aktien.**		
Gelsenk. Bergw.	10	167,40bG	Dortm. Gr.-E. St.-A. Pr.	8½	152,25b

Zinsfuß der Reichsbank: Wechsel 5 pCt., Lomb. 6 pCt. Privatdiskont 3 pCt.